



Foto: dpa/Waltraud Grubitzsch

Foto: dpa/Michael Kooren

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 6. Dezember 2016

71. Jahrgang/Nr. 285

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ciao, Austerität

Guido Speckmann über die Folgen des italienischen Neins für Europa

Vor dem italienischen Referendum war ein mögliches Nein von den journalistischen und politischen Meinungsführern fast schon zum Sargnagel der EU stilisiert worden. Eine neue Euro-Krise stünde bevor. Nur ein Ja zur Verfassungsreform des »europafreundlichen« Renzi könne den Untergang des Abendlandes verhindern. Es wurde ein Nein – und es passierte fast nichts. Kein Aktiencrash, kein Absacken des Eurokurses. Die »Märkte« haben das Referendum offenbar als das interpretiert, was es ist: eine primär inneritalienische Angelegenheit. Freilich bleibt ein Rest Unsicherheit: Wird es nach dem Rücktritt Renzis eine stabile Regierung geben? Wird diese die Banken- und die soziale Krise in den Griff bekommen?

Beides ist unwahrscheinlich. Und der Grund dafür ist nicht in erster Linie in Rom zu suchen, sondern in Brüssel und Berlin. Renzi wusste das. Er kritisierte scharf das deutsche EU-Spartikat. Dieses würde die EU zerstören. Zwar ließ er seinen Worten kaum Taten folgen. Seine Arbeitsmarktreform war sogar das Gegenteil einer Abkehr von neoliberalen Rezepten. Doch sein rhetorisches Eintreten für ein Ende der Austerität war richtig. Aus diesem Grund mag man Renzis riskantes Pokerspiel bedauern, das er mit seinem Rücktritt bezahlte. An der angeblichen Reformunwilligkeit der Italiener wird die EU sicher nicht scheitern. Sehr viel eher an einer Wirtschaftspolitik, die zu immer mehr Ungleichheit führt – und so den Nationalismus nährt. Ciao, Austerität – das wäre die Devise der Stunde.

UNTEN LINKS

In Sachsen-Anhalt wurde ein **Postauto** gefunden, in einem Kanal. Briefe und Pakete wurden gerettet, doch bleibt die Frage nach dem Warum. Die Tat einer frustrierten Großmutter wegen der alljährlich zu Weihnachten eintreffenden, viel zu harten Pfefferkuchen, die kein Mensch beißen kann, solange sie nicht eingeweicht wurden? Oder sollte hier ein im Affekt entstandener und voreilig abgeschickter Brief in letzter Minute aufgehalten werden? Unwiderruflich wie das voreilig wütende Wort ist der Brief, sobald er im Briefkasten liegt. Vor der Wahl des Bundespräsidenten erreichte viele Österreicher eine SMS, die mitteilte, dass Anhänger Hofers am Sonntag, die des Gegenkandidaten van der Bellen aber erst am Montag ihre Stimme abgeben sollten. Wegen des erwartbaren Chaos ... Nicht bekannt ist, ob der Absender seine SMS bereut und gern rückgängig machen würde, jetzt, da die Anwaltschaft ermittelt. Und auch nicht, wie viele Wählerstimmen deshalb ins Wasser fielen. *uka*

Aus, aus, aus, aus ... für Renzi

Eigentor des Regierungschefs stürzt Italien in eine schwere politische Krise



Italienisches Eigentor – hier beim Confed-Cup-Spiel gegen Brasilien 2009 in Pretoria

Foto: dpa/Ion Hrusa

Berlin. Nach der bitteren Niederlage des italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi bei einem Verfassungsreferendum hat in Rom die Suche nach einer neuen Regierung begonnen. Staatspräsident Sergio Mattarella muss nun über die Zukunft des hoch verschuldeten Landes entscheiden und rief zur Ruhe auf. Am Montag kam er mit Renzi zusammen, der am Abend nach einer Kabinettsitzung seinen Rücktritt im Präsidentenpalast in Rom einreichen wollte.

Bei dem Referendum über die Verfassungsreform, die den Senat entmachten sollte, hatten am Sonntag gut 59 Prozent der Wähler mit »Nein« gestimmt. Renzi hatte sein politisches

Schicksal mit dem Ausgang des Referendums verknüpft. Die Opposition der eurokritischen Fünf-Sterne-Bewegung und der rechtspopulistischen Lega Nord sah sich als Sieger und verlangte rasche Neuwahlen.

»Italien ist ein großes Land mit so viel positiver Energie. Auch deshalb ist es nötig, dass das politische Klima, selbst in der nötigen Dialektik, von Ruhe und gegenseitigem Respekt geprägt ist«, erklärte Präsident Mattarella. Das Land steckt immer noch in der Krise, die Wirtschaft lahmt und die Banken sitzen auf Unmengen fauler Kredite.

Eine Möglichkeit ist nun, dass der Präsident eine Übergangsregierung einsetzt, die bis zum

Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2018 halten soll. Als Nachfolger Renzis sind unter anderem Finanzminister Pier Carlo Padoan und Senatspräsident Pietro Grasso im Gespräch. Möglich sind auch Neuwahlen im kommenden Jahr. Dazu muss aber das komplizierte Wahlrecht geändert werden. Renzi hatte das Wahlrecht im Rahmen seiner zur Abstimmung stehenden Reformpläne geändert, es bezieht sich aktuell nur auf eine von zwei Kammern, das Abgeordnetenhaus. Die zweite Kammer, den Senat, wollte Renzi entmachten und nicht mehr direkt vom Volk wählen lassen, was aber am »Nein« beim Referendum nun gescheitert ist. *Agenturen/nd* Seite 3

Freudentänze im Sioux-Protestcamp

Baustopp für umstrittene Ölpipeline durch North Dakota – Indianerstamm appelliert an Donald Trump

Wichtiger Etappensieg für die Gegner der umstrittenen Ölpipeline Dakota Access: Der Bau wird vorerst gestoppt, um nach einer umweltverträglicheren Alternativroute zu suchen.

Von Kurt Stenger

Das Ingenieurskorps der US-Armee hat überraschend die Genehmigung für den Weiterbau der umstrittenen Ölpipeline im Bundesstaat North Dakota durch das Reservat der Standing-Rock-Sioux verweigert. Es müssten alternative Routen erforscht werden, teilte die Organisation, die bei vielen, auch nicht-militärischen Infrastrukturprojekten in den USA Bauingenieursdienstleistungen im staatlichen Auftrag erfüllt, am Sonntag mit. Das wird vermutlich längere Zeit in Anspruch nehmen, denn Korpsprecher Jo-Ellen Darcy kündigte eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit »voller« Öffentlichkeitsbeteiligung und genauer Analyse an.

Im Protestcamp am Ufer des Missouri-Zuflusses Cannon Ball

sorgte die Nachricht erst für ungläubiges Staunen, dann für Jubel und Freudentänze. Hier zelteten seit August zunächst einige Dutzend Stammesangehörige, inzwischen ist es eine tief verschneite Zeltstadt mit mehreren tausend Bewohnern, darunter Angehörigen anderer Indianerstämme und von Umweltschützern aus den gesamten USA. Der Protest sorgte landesweit für großes Aufsehen in den Medien und in sozialen Netzwerken.

Dem Camp drohte am Wochenende die gewaltsame Räumung, denn die Bagger standen nur noch eine halbe Meile südlich des Sioux-Reservats, als die Entscheidung zum Baustopp fiel. Die 3,8 Milliarden Dollar teure Pipeline soll Öl von den tausenden Frackingbohrstellen im Norden North Dakotas an der kanadischen Grenze durch mehrere Bundesstaaten bis nach Illinois transportieren. Die 1900 Kilometer lange Leitung ist fertig bis auf das fehlende Stück unter dem künstlichen Lake Oahe, wo nun der Baustopp von der Army ver-

fügt wurde. Der See ist ein Wasserreservoir des Missouri. Aus diesen Gewässern bezieht der Stamm der Standing Rock sein Wasser. Die Ureinwohner fürchten, dass die Gewässer durch Lecks verseucht werden könnten,

»Unsere Gebete wurden erhört.«

Brian Cladoosby vom Nationalkongress der Amerikanischen Indianer

und sehen auch heilige Stätten bedroht. Bei Demonstrationen und Blockaden bei den Bauarbeiten ging die Polizei in den vergangenen Monaten hart vor, es gab mehrere Verletzte und hunderte Festnahmen.

»Unsere Gebete wurden erhört«, erklärte jetzt der Präsident des Nationalkongresses der Amerikanischen Indianer, Brian Cladoosby. »Es ist nicht vorbei, aber es bringt uns zurück auf den rich-

tigen Weg.« Dave Archambault II, Stammeschef der Standing Rock, erklärte, alle Indianer würden der Regierung von Präsident Barack Obama auf ewig dankbar sein. Der Lauf der Geschichte sei korrigiert worden.

Die Bewohner wollen das Protestcamp allerdings auch jetzt nicht auflösen, denn es bleibt ein dickes Fragezeichen: Archambault II erklärte, sein Stamm hoffe, dass die neue Administration die Entscheidung des Ingenieurskorps respektieren werde. Der künftige US-Präsident Donald Trump hatte sich nämlich nach der Wahl für die Fertigstellung der Pipeline ausgesprochen. Denn dies liege im Interesse aller Amerikaner, verlautete aus seinem Team.

Trump hat indes wohl vor allem ein geschäftliches Interesse daran: Als Unternehmer hat er nämlich kräftig in das Betreiberkonsortium der Pipeline, Energy Transfer Partners (ETP), und der daran beteiligten Holding Phillips 66 investiert.

Kommentar Seite 4

335 000 Menschen ohne Wohnung

Anstieg seit 2010 um ein Drittel

Berlin. Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland ist in den vergangenen fünf Jahren um rund ein Drittel gestiegen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Danach waren 2014 rund 335 000 Menschen ohne Wohnung, unter ihnen 29 000 Kinder und Jugendliche. 2010 gab es noch 246 000 Wohnungslose.

Die Zahlen gehen auf jährliche Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zurück. Die Bundesregierung verfügt über keine Statistiken über Wohnungslosigkeit. Die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann, wertete die steigende Zahl der Wohnungslosen als Indiz für wachsende Armut. Besonders beschämend sei die steigende Zahl wohnungsloser Kinder. Wohnungslosigkeit ist nicht identisch mit Obdachlosigkeit. Als wohnungslos gilt laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, wer weder einen Mietvertrag für eine Wohnung hat noch Wohneigentum besitzt. *epd/nd*

Manuel Valls will Präsident werden

Frankreichs Regierungschef Favorit für Kandidatur der Sozialdemokraten

Paris. Frankreichs Premierminister Manuel Valls hat Ambitionen auf eine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2017 geäußert. Für Montagabend war eine entsprechende Erklärung von Valls im Rathaus von Évry südlich von Paris angekündigt, wo er bis 2012 Bürgermeister war. Nach dem Verzicht von Staatschef François Hollande auf eine zweite Amtszeit sehen Umfragen den 54-jährigen Valls derzeit als Favoriten für die Wahl bei den Sozialdemokraten. Der zum rechten Flügel der Sozialistischen Partei gehörende Valls stößt aber bei vielen Linken auf heftigen Widerstand. Er vertritt eine wirtschaftsfreundliche Linie und ist im Streit um Reformen für manche Gewerkschafter zum roten Tuch geworden. Die Sozialisten und mehrere kleine Parteien bestimmen ihren gemeinsamen Kandidaten im Januar. Auch der Valls-Gegner und Ex-Minister Arnaud Montebourg hat seine Kandidatur angekündigt. Die Franzosen wählen ihren künftigen Staatschef im Frühjahr 2017. *dpa/nd* Seite 4

Van der Bellen ist klarer Gewinner

Ex-Grünenchef wird Österreichs neuer Bundespräsident

Wien. Der frühere Grünenchef Alexander Van der Bellen hat die österreichische Bundespräsidentenwahl am Sonntag laut Hochrechnungen deutlich gegen Norbert Hofer von der FPÖ gewonnen. Demzufolge kommt Van der Bellen auf 53,3 Prozent der Stimmen, Hofer auf 46,7 Prozent. Die Auszählung der per Briefwahl abgegebenen Stimmen begann am Montag, am Sieg Van der Bellen ändern sie Demoskopien zufolge nichts mehr. In der ersten Stichwahl im Mai hatte Van der Bellen nur einen hauchdünnen Vorsprung vor Hofer.

»Ich werde mich sehr bemühen, für alle Österreicher da zu sein« – egal, ob sie ihn gewählt hätten oder nicht, sagte Van der Bellen dem Fernsehsender ORF. Bei seiner Wahlparty in Wien erklärte der 72-Jährige, sein Erfolg sei ein »Signal der Hoffnung und der Veränderung« für Europa. Die FPÖ erkannte die Wahlniederlage ihres Kandidaten an. Für die Präsidentschaftswahl 2022 kündigte der 45-jährige Hofer an, dass er »wieder antreten« werde. *Agenturen/nd* Seiten 2 und 4

